

DGB-Jugend

INFO-TREFF-VERANSTALTUNG

Tanz

Kultur

Info

mit

DEN "3 EX"

DGB-SONGGRUPPE

THEATER VORHANG

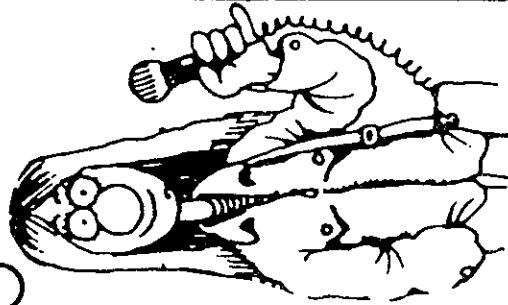
AKTIONSKREIS LEBEN

ARBEITSKREIS

DRITTE WELT

UND DEM

TÜRKISCHEN ARBEITER- UND JUGEND-  
SOZIALVEREIN



am 1. Mai 87  
18<sup>00</sup> Uhr im DGB Haus



DGB

ASCHAFFENBURG *am Main*

Vollbeschäftigung

Mitbestimmung

Soziale Sicherheit

MAI DGB

MAI ZEITUNG 87

1. Mai '81

"Vollbeschäftigung - Mitbestimmung - Soziale Sicherheit - DGB"

Der DGB ruft alle Arbeitnehmer auf, sich an den Kundgebungen zum 1. Mai 1981 zu beteiligen.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit wird mehr und mehr zu einer schweren Belastung für die gesamte Gesellschaft.

Arbeitslosigkeit ist nicht ein soziales Problem unter anderen. Arbeitslosigkeit setzt das Selbstwertgefühl all derer herab, die arbeitslos sind und denen Arbeitslosigkeit droht. Arbeitslosigkeit bringt körperliches und seelisches Leid; Arbeitslosigkeit macht krank - den einzelnen und die Gesellschaft.

Wir wissen: Die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, ist unter der Last von Arbeitslosigkeit und Krise zerbrochen. Wir müssen deshalb verhindern, daß Wirtschaft und Staat sich an die Arbeitslosigkeit gewöhnen. Dieser politische Sprengsatz muß entschärft werden: Dem Recht auf Arbeit muß Geltung verschafft werden!

Es ist unverantwortlich, Arbeitslose zu den Leidtragenden einer verfehlten Wirtschaftspolitik zu machen.

Wir fordern deshalb:

- eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik des Bundes und der Länder;
- eine aktive Wachstums- und Technologiepolitik des Staates;
- eine Wende der Zinspolitik der Deutschen Bundesbank.

Die gleichberechtigte Mitbestimmung muß erhalten und auf alle Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt werden!

Die soziale Sicherung darf nicht zur Sanierung der Staatsfinanzen herhalten! Soziale Sicherheit ist lebensnotwendig für die Arbeitnehmer und ihre Familien!

Diese Forderungen zu erfüllen und das Erreichte zu erhalten, sind wir alle aufgerufen, insbesondere die im DGB-Kreis Aschaffenburg organisierten 38.874 Mitglieder der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften.

Kurt Kunkel

DGB-Kreisvorsitzender

## JUGEND HEUTE - REBELLEN ODER KRITISCHE BÜRGER ?

Als Anarchisten, Rebellen und Kaoten, so und anders werden die kritischen Jugendlichen unserer Zeit bezeichnet. Doch warum wird man in unserem Staat deformiert, wenn man sich mit ihm kritisch auseinandersetzt.

Sind die politischen und gesellschaftlichen Organisationen der Jugend gegenüber so verunsichert, daß sie ihre ganze Gewalt gegen den kritischen Geist der Jugend einsetzt.

Sie sollten doch froh sein, daß die Jugend sich aktiv mit den Problemen unserer Gesellschaft auseinandersetzt. Denn die Geschichte hat uns gezeigt, daß nur der kritische Geist Fortschritte in unserem Kampf um Gleichheit und Freiheit bringt.

Wenn man Jahre mit der Jugendarbeitslosigkeit, mit dem Numerus Clausus und den Berufsverboten lebe muß, kann ein vernünftiger Mensch nicht achtlos daneben stehen. Es ist aber in der letzten Zeit zu merken, daß gegen diese gesellschaftspolitischen Probleme nicht nur Jugendliche angehen, sondern immer mehr Erwachsene sich damit auseinandersetzen.

So sind es nicht nur Jugendliche, die in den neuen Wählergemeinschaften organisiert sind, sondern Erwachsene den etablierten Parteien eine Absage erteilen.

Diese Erwachsenen sind nur die ersten Mitbürger, die die Probleme, mit denen sich die Jugendlichen beschäftigen, ernst nehmen.

Die Jugend mag manchmal sehr hitzköpfig sein, doch die Zeit gibt ihnen Recht.

Denn nur der, der für sein Recht eintritt, kann morgen in Recht und Freiheit leben.

## FRAUEN

In Beschäftigungskrisen waren schon immer die Frauen am härtesten von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Im Bereich des Arbeitsamtes Aschaffenburg sind ca. 40 % der Beschäftigten Frauen, ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit beträgt jedoch ca. 56 %.

Die gängigen Rezepte, die Politiker den Frauen in dieser Situation verschreiben lauten:

Frauen zurück an den Herd,  
Ausweitung der Teilzeitarbeit,  
Frauen in die Bundeswehr.

Die DGB Frauen erteilen diesen Parolen eine Absage.

Zur Verwirklichung der Gleichberechtigung fordern sie partnerschaftliche Aufteilung von beruflichen und familiären Verpflichtungen zwischen Mann und Frau

bessere Berufsbildung und Erschließung neuer Berufsfelder für Mädchen

Ausweitung sozialer Dienste

Arbeitszeitverkürzung für alle.

Zu einer Integration in die Bundeswehr sagen sie "Nein". Sie wollen gemeinsam mit den Männern für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und für eine Sicherung des Friedens kämpfen.

## MAIKUNDGEBUNG

MARTINUSHAUS, ASCHAFFENBURG, TREIBGASSE

1. MAI 1981, 9.30 UHR

JAKOB DEFFNER, MDL, MÜNCHEN

VORSITZENDER DES DGB-LANDESBEZIRKS BAYERN

IRMTRAUD SEIDEL, GOLDBACH

MARTIN LORENZ, MILTENBERG

SONGGRUPPE DER DGB-JUGEND, ASCHAFFENBURG



## UNSERE LIEDER ZUM 1. MAI



### In dem Arbeitsamt

In dem Arbeitsamt steht du auf dem Gang  
und siehst nach Arbeit an  
und kommst dir überflüssig vor  
kommst dir überflüssig vor  
und den Nebenmann der ist auch zuviel  
nun seid ihr schon zwei zuviel  
zwei, die man nicht gebrauchen will  
nicht gebrauchen will  
auch der vor dir kriegt keine Ausbildung  
und ist noch für Altkord zu jung  
drei, die man nicht nötig hat  
noch nicht nötig hat  
und die Tüftler Marion ist Näherin  
und Renates Firma, die ging gerade in Konkurs  
Cadi war gern Verkäuferin in einer kleinen Boutique  
auch was ähnlicher nähme sie selbst  
und der Autoschlosser kommt denn dein Vater sein  
das Werk stellte die Fertigung ein  
er war schon dreißig Jahre im Betrieb  
dreißig Jahre im Betrieb  
eine Schreibkraft wartet, daß man ihre Nummer ruft  
ein Umschüler hat wieder den falschen Beruf  
und auch eine Lehrerin füllt Formulare aus  
und Mustafa denkt an zu Haus  
und als Arbeitnehmer mußt du Arbeit nehmen  
doch der Arbeitnehmer mußt dir keine geben  
der hat einen schönen Beruf  
einen schönen Beruf  
und der Arbeitgeber wird nie attraktiv  
er wird doch nicht die Arbeiter los  
und laß sie für sich stempeln geh'n  
laß sie stempeln geh'n  
In dem Arbeitsamt steht du auf dem Gang  
und siehst nach Arbeit an  
und kommst dir überflüssig vor  
kommst dir überflüssig vor

Text und Musik: Floh die Cellogne  
aus der Rock-Straße 211b  
Schallplatte Verlag plane, Nr. 5 99 202 G  
taus' Lieder gegen den 1. Mai, AWO-Verlag

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit

1. Brüder, zur Sonne, zur Freiheit,  
Brüder, zum Lichte empor.  
Hell aus dem dunklen Vergangnen  
Leuchtet die Zukunft hervor!

2. Seht, wie der Zug von Millionen  
Endlos aus Nüchternem quillt.  
Bis euer Sehnsucht Verlangen  
Himmel und Nacht überschwillt.

3. Brüder, in eins nur die Hände,  
Brüder das Sterben verlacht:  
Ewig der Sklav'rei ein Ende,  
Heilig die letzte Schlacht!



## DGB SONGUPPE ASCHAFFENBURG

### KAMPFLIED DER BAUERN

Tausend Haufen sind wir jetzt und schleifen unsre Sensen,  
schmieden sie zu Spießen um, die in der Sonne glänzen,  
tragen sie zum Bischofsitz und zum Herrenhaus,  
dort bricht der Abend heute an und das Zittern aus,  
wir lassen rosten unsern Pflug, lassen den Acker aus,  
Der Wind hat sich gedreht, die Bauernfahne weht,  
Ihr habt den Sturm gesagt, der euch jetzt niedermäht,  
Tausend Haufen sind wir jetzt und haben genug gelitten,  
wir fordern jetzt was uns gehört und müssen nicht mehr  
bitten.



Aschaffenburg  
Volksblatt  
02.05.81

ASCHAFFENBURG

Kreisvorsitzender Kurt Kunkel

## Solidarität mit den Streikenden

Forderung an die Maikundgebung des DGB – Beifall für die Redner im Martinushaus

„Vollbeschäftigung — Mitbestimmung — Soziale Sicherheit — DGB.“ Unter diesem Motto stand die diesjährige Maikundgebung des Kreisverbandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Aschaffenburg im Martinushaus. Mittelpunkt war die Rede des Landesbezirksvorsitzenden Jakob Deffner, MdL, München. Immer wieder von Beifall unterbrochen, prangerte der Landesvorsitzende Mißstände in arbeits-, gesellschafts- und sozialpolitischen Bereichen unseres Landes an und konkretisierte dabei die Lösungsvorschläge aus der Sicht der Gewerkschaften. Ihr Debüt gab die DGB-Songgruppe mit Kampfliedern aus der Zeit der Unterdrückung der Arbeiter und Bauern.

DGB-Kreisvorsitzender Kurt Kunkel begrüßte die Gäste und Kollegen und betonte die Solidarität mit den Metallern, die in Aschaffenburg, Alzenau, Lohr und Waldaschaff an Protestkundgebungen und Demonstrationen teilgenommen hätten, um ihr Realeinkommen zu sichern. Gleichzeitig eröffnete er offiziell die Unterschriftenaktion des DGB zur Einrichtung von integrierten Gesamtschulen.

Jakob Deffner verwies auf die Rolle der Gewerkschaften in der Vergangenheit zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer und folgerte, daß es auch künftig erforderlich sei, durch Geschlossenheit und Kampfbereitschaft die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern und den Sozialstaat weiter auszubauen. Als vordringliches Ziel nannte der Redner die Sicherung der Lebensexistenz der Arbeitnehmer durch eine Politik der Vollbeschäftigung.

Das Wirtschaftswachstum der nächsten

Jahre werde nicht ausreichen, um genügend Arbeitsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge bereitzustellen. Und nachdem die Unternehmen sich in ihrer Investitionspolitik eher an kurzfristigen Rentabilitätspunkten orientierten, müsse der Staat unter Einsatz aller Möglichkeiten der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik konsequent eingreifen, meinte Deffner. Nur so werde eine überdimensionale Arbeitslosigkeit zu verhindern sein, die zum Sprengstoff werden könne, der unsere Gesellschaft in ihren Grundfesten bedrohe.

Der Landesvorsitzende gab auch deutlich zu verstehen, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche kein Utopie, sondern gesellschaftspolitische Notwendigkeit sei, um die Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden. Deffner attackierte dabei unüberhörbar die Unternehmerseite und appellierte an den Staat, jetzt nicht in „kleinkariertes und übertriebenes Sparen zu verfallen,

sondern der Verpflichtung eines Sozialstaates gerecht zu werden“. Die Bundesbank müsse außerdem unverzüglich die Hochzinspolitik aufgeben, um nicht weiter Arbeitsplätze zu gefährden.

Deffner nannte es ein schreiendes Unrecht, wenn die Wirtschaft systematisch versuche, leistungsgeminderte Arbeitnehmer auf die Straße zu setzen. Zusammenfassend stellte der Redner zu diesem Thema fest: der Mensch müsse endlich in den Mittelpunkt des betrieblichen und gesellschaftlichen Lebens gerückt werden. Mitbestimmung sei der konstruktive Beitrag der Gewerkschaften zum Fundament dieses Sozialstaates. Hier gelte es nach wie vor, die Gleichheit der Menschen auf die betriebliche Ebene zu übersetzen. Die derzeitige Mitbestimmungsregelung reiche nicht aus.

Eingehend beschäftigte sich der Landesvorsitzende mit den tarifpolitischen Auseinandersetzungen der Metaller: „In Bayern sind zusätzliche Aktivitäten notwendig, denn dieses Bayern kann und darf kein Billiglohnland werden.“ Deffner ließ keinen Zweifel daran, daß man durch Kampfmaßnahmen die Durchsetzung der Forderung der IG Metall erzwingen werde.

Eine besondere Verantwortung habe die Gesellschaft für die Zukunft der Jugend. Hausbesetzungen verstießen gegen rechtsstaatliche Normen und dürften nicht toleriert werden. Andererseits handelten aber auch jene gegen das Gesetz, die ihr Eigentum mit Blick auf lockende Profite planmäßig verkommen ließen. So müßten auch gemeinwohlschädigende Wohnungsspekulationen empfindlich bestraft werden. Große Sorge bereite die Tatsache, daß derzeit 115 000 Jugendliche ohne qualifizierte Ausbildung blieben. Einziger Weg sei die gesetzliche Verankerung einer Umlagefinanzierung.

Frauenreferentin Irmtraud Seidel (Goldbach) gab einen Situationsbericht zur Frauenbeschäftigung und führte die hohe Arbeitslosenquote der Frauen auf geringe berufliche Qualifikation, auf bescheidenes Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot und auf die noch immer beschnittenen beruflichen Möglichkeiten infolge der Aufgaben in der Familie zurück. Die Referentin wandte sich bei allem Verständnis für deren Notwendigkeit gegen die Teilzeitarbeit. Abschließend sprach der Jugendreferent Martin Lorenz zu Jugendfragen im DGB, wo er gesteigerte Aktivitäten auf mehreren Ebenen neben dem bisherigen Angebot für notwendig erachtete.





Foto: Archiv Kommunal

Main-Echo, 02.05.91

## DGB: Kein Abbau sozialer Sicherheit Bekenntnis zu Frieden und Abrüstung

Maifeier im Aschaffener Martinushaus – Neue Songgruppe pflegt alte Traditionen

**Aschaffenburg.** Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, soziale Sicherheit: Das waren die Themen zum 1. Mai, mit denen sich alle Redner am Freitagvormittag im vollbesetzten Saal des Aschaffener Martinushauses beschäftigten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte die Maifeier ausgerichtet; Abgeordnete und viele Vertreter des öffentlichen Lebens nahmen daran teil. Solidarität der Arbeitnehmer wurde beschworen: mit Kritik an der Haltung der Unternehmer, aber auch am Handeln der politisch Verantwortlichen wurde nicht gespart. Der DGB nutzte zudem die Gelegenheit, Unterschriften zu sammeln für seine bildungspolitische Forderung, wenigstens in jeder der 18 bayerischen Planungsregionen eine integrierte Gesamtschule einzurichten. »Wir erwarten von der Staatsregierung, daß sie ihren Widerstand gegen die Gesamtschule aufgibt«. Erstmals trat auch die neu gegründete Songgruppe auf, die die Feier mit historischen Arbeiter- und Bauern-Kampfliedern umrahmte.

In seinem Grußwort unterstrich Oberbürgermeister Dr. Willi Reiland die hohe Mitverantwortung der Gewerkschaften um die wirtschaftliche Stabilität im Staat. Er appellierte, sich jenen entgegenzusetzen, die die Freiheit, die dieser Staat gewähre, mißbrauchten, und er forderte dazu auf, sich besonders um die Jugend und ihre Probleme zu kümmern. Dazu nahm später auch Martin Lorenz, Miltenberg, in seinem Referat über Jugendarbeit Stellung.

Frauen-Arbeitslosigkeit. Mit Sicherheit würden sie dort nicht zu mehr Gleichberechtigung gelangen als in der Arbeitswelt, außerdem widerspreche der Dienst für Frauen in der Bundeswehr – auch auf freiwilliger Basis – den grundsätzlichen gewerkschaftlichen Zielen, Konflikte zwischen den Staaten friedlich zu lösen. »Laßt uns für die Sicherung des Friedens kämpfen. Wir müssen verhindern, daß das Pulverfaß, auf dem wir sitzen, explodiert.«

### Sechs Forderungen

DGB-Kreisvorsitzender Kurt Kunkel unterstrich: Das Motto der diesjährigen Mai-kundgebungen »Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, soziale Sicherheit« müsse »uneingeschränkt« durchgesetzt werden.

beitsplätzen habe. »Weil sie ihren Verpflichtungen nicht gerecht werden, muß der Staat eingreifen und eine konsequente Politik der Vollbeschäftigung betreiben«. Nur so lasse sich verhindern, daß bis zum Jahr 1985 das Heer der Arbeitslosen auf zwei bis drei Millionen anwachse, was einen sozialen Sprengstoff bedeuten könnte, »den wir dann nicht mehr steuern können«. Gewerkschafter seien keine Maschinenstürmer, verzichteten aber auf jeden »Fortschritt«, der nur über den Preis von Arbeitslosigkeit und über Erhöhung des Lei-



stungsdrucks erreicht werden könne. Massenarbeitslosigkeit sei Anklage gegen den sozialen Rechtsstaat. Die Alternative heiße: Beschäftigungsorientierte Politik des qualitativen Wachstums.  
● Die Einführung der 35-Stunden-Woche sei keine Utopie, sondern Notwendigkeit zur Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit.

**Probefahren  
ist besser als**